

Beschluss des Landrats vom 20.10.2022

Nr. 1755

63. Task Force - Strompreisglättung - Ausfallsicherheit 2022/570; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) führt aus, dass der eingegangene Vorstoss aufgrund tagesaktueller Ereignisse bekannt sei und immer mehr an Tagesaktualität gewinne. Es ist sicher gut, wenn man sich mit dieser Thematik hier auseinandersetzt. Allerdings befindet man sich, staats- oder auch ordnungspolitisch betrachtet, in einem etwas heiklen Umfeld. Entsprechend möchte der Regierungsrat den Vorstoss mit einer bestimmten Zurückhaltung entgegennehmen, sollte er denn überwiesen werden. Als erstes wird verlangt, eine Taskforce ins Leben zu rufen. Das liesse sich aus seiner Sicht mit einem Handlungspostulat verlangen. Es würde übrigens auch funktionieren, wenn man den Sprecher anrufen und ihm sagen würde, man solle doch bitte eine Taskforce gründen, weil es ein Problem gibt. In dem Fall würde der Regierungsrat ebenfalls Hand bieten. Grundsätzlich ist man also offen dafür. In dem Fall würde man eine Taskforce ins Leben rufen, in der die verschiedenen Gruppen zusammenfinden und gemeinsam nach Lösungsansätzen suchen. Wichtig ist dem Votanten dabei, dass ergebnisoffen an die Diskussion herangegangen wird. Mit anderen Worten: Es gäbe klare Vorbehalte in der Regierung, wenn sie dazu verpflichtet würde, Bürgschaften oder Garantien einzugehen zugunsten wessen auch immer. Diese Situation ist man sich aufgrund der Covid-Szenarien ein Stück weit gewohnt. Damals gab es aber eine ausserordentliche Notlage und es kam Notrecht zur Anwendung, was eine andere Ausgangslage war. Grundsätzlich existiert in der aktuellen Situation aber, gemäss einer Ersteinschätzung, keine gesetzliche Grundlage für Bürgschaften an Private, denn die Situation wurde nicht durch eine staatliche Verfügung ausgelöst. Es geht vielmehr um die Frage, ob der Strom rechtzeitig zu einem bestimmten Preis eingekauft wurde – oder ob man verspätet einen teureren Strom einkaufen musste, weil man sich in der aktuellen Situation verkalkuliert hat. Das nennt man unternehmerisches Risiko, und das kann passieren.

Das heisst aber umgekehrt nicht, dass man als Kanton die Situation unterschätzen darf. Wenn es sich um wichtige Unternehmen handelt, die z. B. von Primeo Energie beliefert werden, können Probleme mit der Versorgung natürlich Auswirkungen auf den Kanton haben. Die einen müssten den anderen den Strom abstellen, diese müssten ihn bezahlen können und dürften nicht Konkurs gehen etc. Das kann durchaus unschöne Connections geben, die in eine für den Kanton ungute Spirale münden. Deshalb wurde intern bereits beschlossen, dass FKD und VGD diese Taskforce in Angriff nehmen. Die Regierung beantragt jedoch, ein Handlungspostulat und keine Motion zu überweisen. Wird das so beschlossen, wird der Regierungsrat Auskunft darüber geben, zu welchen Schlüssen man gekommen ist. Wichtig ist, noch einmal, die Ergebnisoffenheit. Man möchte nicht zu einer bestimmten Lösung verpflichtet werden, in einem Bereich, der grundsätzlich dem privaten Markt vorbehalten ist.

Andreas Dürr (FDP) ist grundsätzlich sehr froh, wenn sein Vorstoss als Handlungspostulat entgegengenommen wird. Für ihn war in der Diskussion wichtig, dass die Taskforce eingesetzt wird – als ein ergebnisoffener Prozess. Eine Motion hat er nur deshalb eingereicht, weil sonst die Gefahr besteht, dass man es beim Prüfen und Berichten, ob eine Taskforce eingesetzt werden solle, belassen würde. Er möchte aber sichergehen, dass sie eingesetzt wird. Wenn das so verstanden ist, ist für ihn eine Umwandlung in ein Handlungspostulat kein Problem.

Was ist die Idee dahinter? Die Problematik haben hier wohl alle verstanden. Er möchte sich deshalb gleich zur Idee äussern, denn wie diese umgesetzt wird, ist die Aufgabe der Taskforce. Es geht darum, dass es eine privatwirtschaftliche Lösung sein und dass eben nicht der Staat zahlen soll. Das war womöglich in seinen vorherigen Ausführungen missverständlich. Der Staat soll kein Gefäss bilden, mit dem er am Schluss eine Ausfallgarantie gibt. Dies hat privatwirtschaftlich zu geschehen. Für welche Fälle aber die Ausfallgarantie benötigt wird und wie das aussehen soll, muss zusammen mit Fachleuten erarbeitet werden. Um diese zusammenzutrommeln, braucht es eine Leitung mit Sachverstand und Autorität – und das ist der Regierungsrat, der die Kantonalbank und die Wirtschaftsverbände zuziehen kann. Laut gedacht: Die Idee könnte sein, dass man ein Finanzprodukt kreiert, das man den Energieversorgungsunternehmen (EVU) oder den Unternehmen anbieten kann, was dann allenfalls wieder auf den Preis umgeschlagen wird. Es ist aber – aufgemerkt nun also! – nicht die Idee, dass der Steuerzahler diese Ausfallgarantie bezahlt. Es braucht jedoch eine Lösung, mit der die Unternehmen einen Spielraum erhalten, in dem sie sich selber finden können. Auch die Höhe des geglätteten Preises ist Verhandlungssache zwischen dem Unternehmen und dem EVU. Je nach Zeitpunkt des Abschlusses ist das anders, je nach Dauer sind der Zins oder der Preis unterschiedlich hoch. Der Staat mischt sich dabei nicht ein – das ist ganz zentral. Man gibt jedoch den Unternehmen, die heute vor existenziellen Fragen stehen, eine faire Chance auf einen Deal mit einem EVU, um ihre Fehlkalkulation – so es denn eine war – korrigieren zu können. Es ist übrigens kein Unternehmen verpflichtet, davon Gebrauch zu machen. Es kann auch nur phasenweise davon profitieren, je nach dem, wie es ihm passt. Es ist und bleibt ein unternehmerischer Entscheid.

Das Problem ist, dass die Glättung des Strompreises eine Vorfinanzierung bzw. ein Darlehen für das Unternehmen wäre. Einerseits kann man dieses nicht ungesichert geben, andererseits haben die Unternehmen jedoch keine Sicherheit. Deshalb muss man finanzpolitisch kreativ ein Finanzinstrument schaffen, womit sich diese Unwägbarkeit absichern lässt. Wird dies schnell und kreativ gemacht, so wie man auch (gerade mit der BLPK) während der Corona-Krise intelligente Lösungen gefunden hatte, lässt sich den Unternehmen eine Perspektive bieten, zu einem guten Preis zuschlagen zu können. Das Geniale daran ist, dass weder der Steuerzahler noch der Staat den Strompreis bestimmt. Um dies aber zu gewährleisten muss man zusammensitzen und eine Lösung finden. Die EVUs wollen und suchen das.

An dieser Stelle sei allen, die es noch nicht wissen, gesagt, dass der Votant Verwaltungsrat von Primeo Energie ist. Deshalb kennt er auch das Problem ziemlich genau. Er weiss zwar mehr, als er sagen darf. Aber er weiss, dass man staunen würde, um welche Unternehmen es hier geht. Mit dem angedachten Lösungsvorschlag liesse sich ein gesellschaftliches Problem lösen, ohne Kredite zu verteilen. Stattdessen müssten die Unternehmen selbständig wieder aus der Situation rauskommen – dank einem Vertrag zwischen EVU und Unternehmen. Dafür gilt es, ein Umfeld zu schaffen, mit dem der privatwirtschaftliche Ansatz ohne Steuergelder möglich ist. Das ist die Idee. Es ist Andreas Dürr klar, dass man nirgends hinkommen würde, wenn 90 Leute ihre Köpfe zustammenstecken würden. Es müssen vielmehr jene Leute zusammensitzen, die mit der Problematik vertraut sind, unter der strukturierten Führung des Regierungsrats. Es geht dabei um die Basellandschaftliche Kantonalbank, die EVU, die Wirtschaftsverbände, allenfalls kann der Regierungsrat noch andere einladen, Versicherungskonzerne etc. Es handelt sich also um eine privatwirtschaftliche Lösung, bevor es zu einem gesellschaftspolitischen Problem wird.

Die Alternative dazu wäre, dass Unternehmen in Schwierigkeiten geraten, Leute entlassen müssen, und man irgendwann in die Notlage käme, irgendwelche Kredite zu vergeben. Man sollte auch nicht unterschätzen, um wie viele Unternehmen es sich handelt – es sind erstaunlich viele. Andreas Dürr bittet den Rat, seine Verantwortung wahrzunehmen, sie den Unternehmen zurückzugeben, damit eine privatwirtschaftliche Lösung gefunden werden kann – und zwar jetzt, denn es pressiert. In einer anderen Situation hätte er gesagt, er stünde für Fragen zur Verfügung. Er hört

sich nun aber erstmal an, welche Bedenken vorhanden sind. Seinen Vorstoss wird er in ein Handlungspostulat umwandeln. Die kreativen Köpfe werden eine Lösung finden – davon ist er überzeugt. Und das Baselbieter Modell wird mit Bestimmtheit Furore machen. Vielleicht schaut dann auch Bern vorbei, denn die haben dort dasselbe Problem.

Thomas Noack (SP) möchte zur Umwandlung gerne ein paar Worte sagen. Grundsätzlich ist es richtig, dass für die Unternehmen in Not Lösungen gefunden werden. Dies wird man mit dem Postulat vermutlich auch erreichen, wie man es von Anton Lauber vorhin schon gehört hat. Etwas erstaunt hat ihn, zu erfahren, dass es offenbar EVUs gibt, die das in ihrem Geschäftsmodell bereits anbieten. Es scheint, als könne man das Modell auch als Kunde der IWB beziehen, wie er über Nachmittag telefonisch herausgefunden hat, obschon es ihm in der kurzen Zeit nicht gelang, dies zu verifizieren. Umso mehr ist es richtig, dass das Anliegen geprüft und genauer angeschaut wird. Wenn es dann aber um die Unterstützung der von den höheren Energiepreisen betroffenen Bevölkerung geht, ist die Situation vermutlich ähnlich.

Stephan Ackermann (Grüne) hat heute Morgen anlässlich der Dringlichkeitserklärung gut zugehört und sich gefragt, ob er am Nachmittag Andreas Dürr wohl zustimmen könne oder nicht, als er so pauschal gegen Grün ausgeteilt hatte. Was betreibt hier die FDP wieder mal für einen Schönwetterliberalismus, fragte er sich da: Wenn es dann plötzlich nicht mehr läuft, soll der Staat wieder alles in Ordnung bringen. Jahrelang konnten die Firmen vom günstigeren Strom profitieren, was dem einfachen Bürger nicht möglich war. Andi Dürr hat nun aber skizziert, dass es ihm gar nicht darum geht, dass man Gelder in die Hand nehmen soll. Der Regierungsrat soll vielmehr das Spielfeld abstecken und die Teilnehmer zu einer Lösungsfindung einladen. Mehrfach war dabei von einer kreativen Lösung die Rede. Die Grünen sind die Letzten, die sich dem verschliessen würden, denn sie sehen die Zusammenhänge ebenfalls und wissen, wie wichtig das Problem ist. Sie wissen auch, dass es wichtig ist, der Bevölkerung wo nötig unter die Arme zu greifen. Wenn er sich erinnert, wie die Fronten vor den Herbstferien verliefen, als man sich bei diesem Thema für die Anliegen der Bevölkerung einsetzen wollte, ist zu konstatieren, dass der Unterstützungswille damals sehr einseitig ausgeprägt war. Sobald es aber um die – durchaus nötige – Wirtschaft geht, sind jene, die damals gebremst haben, nun plötzlich dafür.

Der Votant geht davon aus, dass die SVP das Anliegen wohl nicht unterstützen wird. Denn schliesslich sind die Unternehmen selber schuld, dass sie in dieser Lage stecken, hatten sie damals doch die Lösung gesucht, den Strom auf dem freien Markt zu beziehen. Andi Trüssel sagte heute Morgen, dass sie nun halt frieren sollen. Das ist eine Katastrophe, so darf man nicht denken. Wenn jemand in eine Notlage gerät, soll man helfen – ob das nun die Wirtschaft ist, oder ob es die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner der Schweiz sind. Es gilt, zusammenzustehen, wenn es darauf ankommt. Aus dem Grund ist die Grüne/EVP-Fraktion froh um die Umwandlung in ein Postulat. Zentral ist, dass am Schluss nicht die öffentliche Hand für die Fehlentscheidungen der Firmen von damals geradestehen muss.

Urs Kaufmann (SP) hat Verständnis für den Vorstoss, vor allem nach Umwandlung in ein Postulat. Etwas weniger Verständnis hat er dafür, dass damals die rechte Ratsseite kein Gehör hatte, als es um die einfachen Leute ging. Dennoch scheint der Ansatz ein Weg zu sein, um das Problem zu lösen. Es gibt aber noch viele heikle Punkte. Es ist ja nicht so, dass die Firmen lediglich Verträge mit der EBL oder Primeo Energie haben. Es wird deshalb sicher ziemlich kompliziert werden, eine entsprechende Lösung zu finden. Die Ausfallgarantie, die nötig sein wird, wenn man ein Darlehen auf lange Frist erhält, wird ebenfalls eine Knacknuss sein. Am Schluss wird wieder der Kanton oder die Kantonalbank geradestehen müssen. Es wird wohl nicht rein privatwirtschaftlich bleiben. Auch buchhalterisch wird diese Lösung für die Firmen nicht so trivial sein. Andi Dürr hatte selber gesagt, dass es sich um eine Art Darlehen handeln würde, was entsprechende Konsequenzen

zen für die Unternehmen haben dürfte. Am Schluss werden sich die Firmen jahrelang an die EVUs binden müssen, um das, was sie im Moment kurzfristig sparen, zurückzuzahlen. Man darf gespannt sein, ob die Firmen bereit sind, solche Verträge einzugehen.

Peter Riebli (SVP) ist froh, dass Andi Dürr seine Motion präzisiert hat. Verstanden hat die SVP nämlich etwas völlig anderes. Heute Morgen gab es eine längere ordnungspolitische Diskussion, ob es nach der Coronakrise tatsächlich angebracht sei, sämtliche auftauchenden Probleme – sei es für die Wirtschaft oder für den Bürger – über Staatsgelder zu lösen. Es wurde nun klar präzisiert, dass es nicht um Staatsgeld gehe, sondern darum, dass der Regierungsrat eine Taskforce einsetzt, einen Runden Tisch einberuft oder was auch immer, damit die interessierten Organisationen gemeinsam eine Lösung finden, die den Staat nichts kostet. Er hat verstanden, dass es dabei um ein kreatives Finanzgefäss zur Absicherung der Vorfinanzierung geht, die von irgend jemandem getragen wird – aber sicher nicht vom Steuerzahler, nicht vom Kanton. So gesehen wird die SVP-Fraktion dem umgewandelten Handlungspostulat zustimmen. Wäre es bei der Motion geblieben, hätte man sie aus ordnungspolitischen Gründen abgelehnt, wie die SVP auch andere Anträge in dieser Richtung abgelehnt hatte.

Dem weissagenden Stephan Ackermann sei gesagt, dass er, bis er das Gedankengut der SVP vertreten kann, noch ein paar Lebensjahre, aber vor allem Lebenserfahrung hinzugewinnen muss. Vorher ist er nicht in der Lage, für die SVP zu sprechen. So einfach ist ihr Gedankengut nicht, dass es ohne Weiteres von jedem nachvollzogen werden kann. Stephan Ackermann möge die SVP doch bitte in Zukunft selber sprechen lassen. Sie kann das nämlich. Die SVP-Fraktion wird dem Handlungspostulat einstimmig zustimmen.

Niemand möchte, so **Ronja Jansen** (SP), dass die Unternehmen wegen der schwierigen Situation am Strommarkt bankrottgehen. Trotzdem wundert sie sich, dass ausgerechnet jene, die immer nach dem freien Markt rufen und ihn preisen, als wäre es ein Gott, nun nach einer Staatsausfallgarantie schreien. Andreas Dürr hatte vorhin gesagt, der Steuerzahler solle nichts zahlen müssen. Offenbar aber soll der Staat hier eine Versicherungsdienstleistung anbieten, die Unternehmen sonst selber zahlen müssten. Dies steht so im Vorstoss. Das ist relativ inkonsequent und zeigt einmal mehr, dass es der FDP um das Prinzip geht, Gewinne privat einzufahren, die Verluste aber vom Staat übernehmen zu lassen. Man soll durchaus prüfen, welche Massnahmen in diesem Bereich ergriffen werden können, aber die FDP sei gebeten, in Zukunft etwas konsequenter zu sein und gleichzeitig darüber nachzudenken, dass man vielleicht auch jene zur Verantwortung ziehen könnte, die in dieser Krise enorme Übergewinne einfahren. Das wäre nichts als konsequent. Zu guter Letzt ein Wort zur Dringlichkeit: Auch Ronja Jansen befremdet es sehr, dass heute über dieselbe Thematik gesprochen wird, um die es vor den Herbstferien ging, nämlich die Teuerung, die höheren Strompreise. Aus irgendeinem Grund hat sich in den zwei Wochen die Haltung der rechten Ratshälfte stark geändert. Entweder sie hat erst in den letzten zwei Wochen von der Teuerung erfahren oder sie findet, dass die ganzen Herausforderungen nur relevant seien, wenn es um Unternehmen geht – und nicht um Privatpersonen. Oder aber sie kann nicht unterscheiden zwischen Dringlichkeit und politischer Haltung zu einem Lösungsvorschlag. Alle drei Gründe fände die Sprecherin relativ traurig, weshalb sie darum bittet, dass die rechte Seite im Zukunft sowohl inhaltlich als auch formell etwas konsequenter an die Herausforderung herangeht.

Simon Oberbeck (Die Mitte) findet, dass bei diesem Thema die Unsicherheit landauf, landab gross sei. Das hat man vor den Herbstferien gemerkt, und auch heute ist sie wieder spürbar. Es weiss niemand, wie man durch den Winter kommt, und es ist klar, dass sowohl bei den Menschen als auch bei den Unternehmen diesbezüglich viel Unsicherheit besteht und es Lösungen braucht. Simon Oberbeck ist sehr froh, dass Andreas Dürr seinen Vorstoss umgewandelt hat, denn somit kann auch die Mitte/glp-Fraktion diesem zustimmen. Es ist wirklich wichtig, nun Leadership zu zei-

gen und als Fels in der Brandung zu stehen – für die Unternehmen, aber auch für die Bevölkerung. Natürlich ist es unglücklich, dass dieses Thema vor den Ferien ungleich behandelt wurde. Es gilt nun aber, zusammenzustehen und nicht aufgrund von Ressentiments sich zu anderen Haltungen verleiten zu lassen. Es braucht nun tragfähige Lösungen, was nur gemeinsam geht. Wichtig ist, dass der Prozess ergebnisoffen ist und eine einvernehmliche Lösung nicht durch Maximalforderungen gefährdet wird.

Einen Hinweis zum Schluss möchte sich Simon Oberbeck nicht verkneifen: Es ist schon etwas speziell, wenn die linke Ratsseite sagt, dass wer sich damals für den privatwirtschaftlichen Strom entschieden hat, nun selber schuld sei und im Winter halt frieren solle. Das ist keine Politik, die dem Landrat gut ansteht. Man sollte vielmehr Lösungen finden, die dazu führen, dass niemand zu frieren braucht.

Marco Agostini (Grüne) weist Peter Riebli darauf hin, dass heute Morgen dessen Fraktionskollege Andi Trüssel in einem flammenden Plädoyer zu wissen vorgab, was die Linken denken, was sie wissen und nicht wissen. Den Votanten dünkt es nun komisch, dass Peter Riebli als Fraktionspräsident dies duldet, während er Stephan Ackermann dasselbe vorwirft.

Zum Vorstoss: Marco Agostini war von Anfang an für die Dringlichkeit, er hätte sogar die Motion unterstützt. In der letzten Sitzung wurde im Rat ein Postulat eingereicht bezüglich einer ähnlich gelagerten möglichen Unterstützung für die Bevölkerung, welche ebenso wenig dafür kann wie die Unternehmen. Die Privatpersonen sind gezwungen, ihre Energie von Primeo Energie zu beziehen, welche die Preise nächstes Jahr um 45 % erhöht. Doch damals lehnte die rechte Ratsseite sogar ein Postulat ab. Nun hat der Sprecher vernommen oder zumindest das Gesagte so interpretiert, dass man sogar allenfalls dafür wäre, das ursprüngliche Anliegen wieder zu prüfen. Marco Agostini wird in zwei Wochen somit einen Vorstoss bringen und hofft dann auf die Unterstützung der FDP. Denn es ist sinnvoll, die hier angedachte Lösung nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Bevölkerung zu prüfen.

Peter Riebli sagte dem Redner einst, dass das – und nur das – was im Vorstoss steht, auch gemacht werden solle. In diesem Fall müsste man die Wortwahl des Vorstosses von Andi Dürr ändern, denn darin steht ganz klar, dass ein Gefäss gebildet werden und es Ausfallgarantien geben müsse. Würde man das so überweisen, bliebe noch immer sehr Vieles offen. Ihn interessiert weniger, was Andi Dürr gesagt hat, entscheidend ist, was überwiesen wird. Sonst wird etwas überwiesen, das nicht verständlich ist.

Katrin Joos Reimer (Grüne) ist ebenfalls etwas überrascht. Ihr scheint, es haben alle falsch verstanden, wer hier eine Ausfallgarantie leisten soll: Wer, wenn es nicht der Kanton ist? Was ist denn die Rolle des Kantons in dem Ganzen? Welche Einflussmöglichkeiten hat er, ausser irgendwelche Stakeholders zusammen an einen Tisch zu bringen? Wenn er keine Garantie leistet, hat der Kanton gar nichts zu sagen, dann können die Stakeholders das auch ohne den Kanton tun. Nebst der missverständlichen Formulierung scheint ihr das noch relativ unklar.

Thomas Eugster (FDP) stellt klar, dass keinem Unternehmen etwas geschenkt werde. Sie erhalten nichts gratis. Es ist eine Hilfe zur Selbsthilfe. Es geht darum, dass eine Möglichkeit besteht, dass die Stromunternehmen ein Produkt anbieten können, das die Unternehmen buchen können. Dieses funktioniert wie ein Versicherungsprodukt, es handelt sich aber um eine Prämie, die die Unternehmen zahlen, und sie ist im Preis für den Strom, den sie kaufen, inbegriffen. Derjenige, der die Garantie übernimmt, sichert sich damit vor dem Verlust ab. Ihm scheint das, das Votum von Ronja Jansen noch im Gehör, falsch rübergekommen zu sein. Dies ist übrigens auch der Unterschied zu den anderen Vorstössen, die vor den Herbstferien diskutiert wurden. Hier geht es darum, dass jemandem ein Produkt angeboten wird, im Sinne einer Überbrückungshilfe für Unternehmen, die noch keinen Vertrag haben. Ob sie davon Gebrauch machen, ist eine Frage des

Preises. Es muss aber deutlich sein, dass niemand etwas geschenkt erhält. Der Auftrag ist vielmehr, dass die entsprechenden Player zusammengebracht werden, um ein Produkt zu entwickeln, das die Unternehmen nutzen können, um über die Runden zu kommen.

Hanspeter Weibel (SVP) ist über den ganzen Ablauf nicht ganz glücklich. Es fängt damit an, dass die Interessenbindung zwischendrin mal eben in die Rede eingeflochten wird. Andi Dürr konnte dies schon eleganter tun und daraus die Konsequenzen ziehen. Hanspeter Weibel kommt – wie auch andere – zum Schluss, dass entscheidend ist, was als Auftrag des Handlungspostulats verstanden wird. Dabei geht es in erster Linie darum, was beim Finanzdirektor angekommen ist. Nach der Diskussion stellt er Folgendes fest: Der Auftrag scheint zu sein, dass der Regierungsrat eine Moderationsrolle übernimmt und er versucht, die verschiedenen Interessen an einen Tisch zu bringen, wobei es eine privatwirtschaftliche Lösung geben soll, bei der weder der Steuerzahler noch die dem Steuerzahler gehörende Kantonbank in irgendeiner Form Verpflichtungen eingehen, die über das hinausgehen, was man normalerweise von einer Bank verlangen kann. Natürlich hätte, wie Katrin Joos gesagt hat, der Verwaltungsrat von Primeo Energie auch mit dem CEO der BLKB zusammensitzen können, um etwas zu erarbeiten. Es wurde jedoch ein Vorstoss daraus, vielleicht deshalb, weil es etwas interessanter wird, wenn das Ganze über den Regierungsrat läuft. Der Votant kann damit leben. Heute Morgen wurde aber der Dringlichkeit zugestimmt, weil man es wichtig fand, eine ordnungspolitische Debatte zu führen und die Grenzen abstecken zu können. Die BaZ titelte heute: «FDP will Stromgrossverbraucher retten, die sich verspekuliert haben». Das stösst Hanspeter Weibel etwas sauer auf, denn es tönt so, als könnte man sich, wenn man sich einmal verspekuliert hat, an Andi Dürr wenden, der dann einen entsprechenden Vorstoss fabriziert. Das kann es nicht sein. Aber wenn man sich einig ist, dass es um eine reine Moderationsrolle des Kantons geht, ohne die Verpflichtung für ihn, den Steuerzahler oder die BLPK, dann lässt sich der Vorstoss als Handlungspostulat überweisen. Diese Präzisierung wurde hier bereits mehrfach erwähnt, insbesondere vom Finanzdirektor. Im Protokoll der Sitzung ist das nun festgehalten. Somit ist aus Sicht des Votanten die Absicht klar.

Jan Kirchmayr (SP) versteht es leider immer noch nicht ganz. Warum ist das, was Thomas Eugster erzählt hat, eine Aufgabe des Kantons? Und warum können sich die Unternehmen nicht direkt mit den Energieversorgern an den Tisch setzen? Wenn der Redner den Vorstoss liest und dann die hier vorgebrachten Argumente von Andi Dürr zur Kenntnis nimmt, passt beides irgendwie nicht zusammen. Das sollte aber der Fall sein, damit wirklich klar ist, was das Parlament überweist. Jan Kirchmayr ist zudem etwas verwirrt und konsterniert (obwohl es ihn eigentlich nicht wirklich verwundert), dass der Regierungsrat vor den Herbstferien die Leute wegen 7 % höherer Krankenkassenprämien und 45 % höherer Energiekosten im Regen stehen lassen wollte und die Dringlichkeit des Vorstosses nicht gewährte. Das dünkt ihn problematisch.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) muss sich als Regierungsrat viel anhören. Er schnauft dann jeweils gut durch und gibt dann Antwort, was er auch hier zu tun gedenkt, wobei er sich auf die Sicht des Regierungsrats beschränken wird.

Man soll keinesfalls glauben, dass der Regierungsrat nicht arbeite, wenn es gerade keinen dringlichen Vorstoss gibt, wenn kein Postulat oder keine Motion ihn verpflichtet, etwas zu unternehmen. Der Regierungsrat kann selber denken und er arbeitet von sich aus. Den Redner stört es, wenn es heisst, dass der Regierungsrat nur dann aktiv werde, wenn ihm in irgendeiner Form etwas zuge tragen wird. Der Regierungsrat arbeitet zudem immer auch für das einfache Volk und versucht auch dort, Lösungen zu finden.

Es gibt keine gesetzliche Grundlage und somit aktuell keine Möglichkeit, sich finanziell in irgendeiner Form zu engagieren. Wo sich der Staat aber engagieren kann, ist im Gesamtkontext. Das dünkt ihn ausserordentlich wichtig, denn es geht um mehr als nur um die Frage, ob der Kanton am

Schluss eine Ausfallgarantie gibt. Das wäre im Übrigen ganz einfach zu klären, indem man ein «zum Beispiel» in den Text schreibt – dann wäre die Sache erledigt. Ganz wichtig ist dem Sprecher jedoch das Faktum, dass dies zu einer sehr komplexen (Rechts-)Lage führen kann. Am Schluss geht es um die Versorgung mit Energie, um die Arbeitsplätze, natürlich auch darum, wer die Mehrkosten einer fixierten Stromzahlung finanziert und die Ausfallgarantie gibt. Am Schluss geht es vielleicht auch um Konkurse und den Wegfall der Leistung. Weiter gibt es auch das Problem der Energieversorger. Was tun sie, wenn sie kein Cash mehr bekommen? Stellen sie den Strom ab, weil sie nicht auf die Erträge verzichten möchten, wird es politisch. In einem solchen Fall wird es hier sehr schnell Diskussionen geben darüber, was denn die Aufgabe des Staats sei, ob man das denn nicht gemerkt habe etc.

In seinem Votum sagte der Finanzdirektor als Erstes, dass sich der Regierungsrat der Sache annehme, aus seiner politischen und staatspolitischen Verantwortung heraus. Als das sieht der Redner auch als seine Aufgabe, denn es geht letztlich darum, zum Wohl des Staatswesens handeln zu können – mit dem ganzen Rattenschwanz an Konsequenzen, die dies nach sich zieht. Dass die Energiefirmen sich auch politisch einbringen möchten, weil sie am Schluss schwere politische Entscheide treffen müssen – zum Beispiel eben diejenige, eine Lieferung zu unterbrechen, weil der Strom nicht mehr bezahlt wird. Damit würden Konkurse und Arbeitsplatzverluste in Kauf genommen. Für den Kanton würde das mehr Arbeitslose, mehr Sozialhilfe und so weiter bedeuten. Dieses Problem als Ganzes ist nicht zu unterschätzen. Das ist auch der Grund, weshalb der Votant sagte, er sei grundsätzlich bereit, mit einer Taskforce eine Lagebeurteilung vorzunehmen, um zu schauen, welche Massnahmen sich ableiten liessen. Es geht nicht darum, wie schon Hanspeter Weibel sagte, dass der Staat eine Ausfallgarantie übernimmt. Das ist nicht die Meinung. Dennoch braucht es eine Lösung.

Adil Koller (SP) stellt fest, dass die Verwirrung nicht kleiner wird, je mehr geredet wird. Zur Rolle des Regierungsrats: Dieser nimmt den dringlichen Vorstoss zur Bildung einer Taskforce, Thematik Ausfallgarantie, entgegen, und arbeitet zu diesen Themen auch ohne politische Vorstösse, wie Toni Lauber versicherte. Und trotzdem sei es gut, den Vorstoss zu überweisen – obschon das die Regierung vor den Herbstferien für unnötig befand, weil die Regierung ja ohnehin am Thema dran sei. Irgendwie geht das nicht auf. Man muss zwar auch nicht alles verstehen. Allerdings möchte Adil Koller beim aktuellen Vorstoss gerne verstehen, was Andi Dürr wirklich meint, und was der Mehrwert davon ist, dass der Kanton sich in dieser Thematik einschaltet. Die Polemik von Seiten Hanspeter Weibel betreffend Interessenbindung des Motionärs findet Adil Koller etwas unnötig, es ist dem Sprecher aber mit seinem Anliegen durchaus ernst. Warum können die EVU das Produkt nicht selber bauen? Für was braucht es den Regierungsrat in dieser Situation genau? Sobald der Redner dies verstanden hat, lässt sich darüber abstimmen.

In der Diskussion fehlt Adil Koller die Langfristbetrachtung. Was würde es bedeuten, wenn man es so einrichtet, dass die Grosskunden wieder in die Grundversorgung zurückwechseln könnten, wenn die Preise dort günstiger sind? In diesem Fall würden die Preise in der Grundversorgung steigen, was niemand möchte. Deshalb kann man nicht so ohne Weiteres einem Wechsel das Wort sprechen, denn die Preise waren bei den Grosskunden auf dem freien Markt sehr lange sehr tief, alle haben davon profitiert. In der Grundversorgung gibt es mehr Sicherheit, dafür leicht höhere Preise. Das System ist nicht ganz einfach. Es scheint ihm deshalb etwas zu simpel, wenn man den Linken vorwirft, sie würden ein Markt-Bashing betreiben. Es ist halt einmal so, dass der Markt zu höheren Preisen führt. Damit muss man lernen umzugehen.

Auch **Ronja Jansen** (SP) ist momentan noch verwirrt. Erstens über das Votum von Toni Lauber. Wenn der Regierungsrat, wie er sagt, angesichts bestehender Probleme ohnehin arbeitet, ist das zwar schön. Warum lehnt er dann aber die Dringlichkeit ab? Der korrekte Weg wäre in diesem Fall gewesen zu sagen, dass das Thema zwar dringlich sei, man aber den vorgeschlagenen Lösungs-

weg nicht teile. Das erschliesst sich der Rednerin immer noch nicht ganz. Wenn das Mittel der Dringlichkeit nichts darüber aussagt, ob das Thema dringlich ist, fragt sie sich, weshalb das Mittel überhaupt zur Verfügung steht, wenn die Regierung ohnehin nach Gutdünken entscheidet, wo sie aktiv wird.

Betreffend den konkreten Vorschlag ist Ronja Jansen nicht klar, weshalb es den Staat als Moderator überhaupt braucht. Welcher Mehrwert ergibt sich daraus? Vor allem ist nicht klar, weshalb in der Motion etwas komplett Anderes steht? Im Text heisst es: «Die Schwierigkeit für die EVU liegt bei einem solchen Angebot jedoch darin, dass für die betroffenen Unternehmen eine Vorfinanzierung stattfindet, wofür nach privatwirtschaftlichen Regeln eine Sicherheit zu leisten wäre. In der Praxis sind die Unternehmen hierzu aber schlicht nicht in der Lage.» Das heisst, dass der Staat oder wer auch immer eine Leistung erbringen soll, die auf dem freien Markt etwas kostet. Die Dienstleistung muss ja ein Stück weit von irgendjemandem bezahlt werden. Wenn der Staat aber nur Moderator ist, bleibt die Frage offen, wer die Ausfallgarantie tragen soll? Das wurde noch nicht beantwortet.

Stephan Ackermann (Grüne) ist während dieser Debatte alt und weise geworden, er hat die Zeit genutzt und ist nun ganz auf der Linie von Hanspeter Weibel. Man sieht, was das für eine Wirkung hat. *[Gelächter]* Hanspeter Weibel hat nämlich den springenden Punkt beim Namen genannt, der auch von Ronja Jansen aufgenommen wurde: Wer hat welche Rolle, welche Funktion? Er würde diese Frage nicht vermischen mit der Frage zur Dringlichkeit, die vor den Herbstferien gestellt wurde. Damals war man sich nicht einig – die Grünen wissen, weshalb. Es ist nun aber mal so und wird zur Kenntnis genommen. Die politische Diskussion findet erst dann statt, wenn es um den jeweiligen Vorstoss geht.

Die Rolle des Regierungsrats ist für ihn eigentlich klar. Aber was ist die Rolle der Kantonalbank? Und wie weit kann der Regierungsrat diese in eine Rolle hineindrücken? Das ist dem Redner nicht ganz klar. Das hat wohl auch Hanspeter Weibel gemeint, weshalb Stephan Ackermann ihn heute so toll findet. Es geht darum, die Kantonalbank nicht dazu zu drängen, die Garantie zu übernehmen, um keinen Klotz am Bein zu haben. Denn wem gehört die Kantonalbank, wer ist am stärksten eingebunden? Natürlich der Kanton Baselland, die Steuerzahlerinnen und Bewohner. Deshalb darf es nicht so herauskommen. Stephan Ackermann hat Andi Dürr so verstanden, dass es nicht dessen Absicht war, dass dieses Risiko auf den Staat zurückfallen soll. Wenn das Postulat in diesem Sinne gemeint ist, wird es auch von der Grüne/EVP-Fraktion unterstützt.

Hanspeter Weibel hat **Marco Agostini** (Grüne) über Mittag zur Seite genommen und ihm gesagt, er solle ja nicht kundtun, dass er mit seinem Votum übereinstimme, denn das wäre für beide peinlich. *[Gelächter]* Marco Agostini möchte aber dennoch bekennen, dass er Hanspeter Weibel zustimmt – mit dem Risiko, dass sie beide aus ihrer Fraktion ausgeschlossen werden. Allerdings braucht es noch – wie Adil Koller gefordert hat – ein klares Statement von Andi Dürr. Das Protokoll ist zwar wichtig, aber entscheidend ist das, was im Motions- oder Postulatstext steht.

Den Redner nimmt wunder, welches die Aufgabe der Handels- und Wirtschaftskammer im gesamten Kontext ist. Warum hat diese als Vertreterin der Wirtschaft nicht eingegriffen, Primeo Energie und Kantonalbank an einen Tisch gerufen und eine Taskforce gefordert? Von dieser Seite hätte er etwas mehr erwartet. Als Privatmitglied der Handelskammer sei ihm dieser Hinweis erlaubt.

Auch **Rahel Bänziger** (Grüne) hätte nicht gedacht, dass sie mit Hanspeter Weibel einmal einen Berührungspunkt finden würde, der nicht beim Fluglärm liegt...

Störend ist für die Rednerin, dass der Ausstieg aus der Grundversorgung vor allem für die grossen Unternehmen sehr lukrativ war und sie massive Gewinne einfahren konnten, weil sie weniger für die Energie ausgeben mussten. Und jetzt, nachdem sie das Risiko in Kauf genommen haben und im freien Markt sind, werden die Preise auf diesem freien Markt etwas teuer – und sofort wird nach

dem Staat geschrien. Es gibt aber auch andere Unternehmen, die in derselben Situation sind und sich ebenfalls überlegen müssen, wie sie ihre Stromversorgung sicherstellen. Das Bethesda Spital zum Beispiel stand vor derselben Herausforderung. Dort wurde nach Broker-Lösungen gesucht, um die Energieversorgung abzusichern. Viele Unternehmen könnten die Gewinne, die sie in den letzten Jahren gemacht haben, für eine solche Lösung einsetzen.

Eine Versicherung kostet normalerweise Versicherungsprämien. Eine Absicherung gab es noch nie gratis. Hier jedoch befindet man sich an einem Punkt, wo die Summe, die es abzusichern gälte, jeglichen Umfang einer möglichen Staatsgarantie sprengen würde. Wenn sie nur schon liest, dass die BLKB mit am Tisch sitzt, dann scheint ihr die Gefahr sehr gross, dass es letztlich trotzdem auf eine Staatsgarantie hinausläuft. Das muss auf jeden Fall verhindert werden. Es geht nicht, dass Unternehmen, die Gewinne gemacht haben, mit einer Staatsgarantie gerettet werden. Wird dies ausgeschlossen, kann Rahel Bänziger mit dem Zusatz, dass der Kanton lediglich Moderator ist, dem Postulat zustimmen. Allerdings kostet das die Regierung Arbeitszeit. Wie gesagt, könnte der Verwaltungsrat eines Unternehmens auch auf Verwaltungsräte anderer Unternehmen zugehen und die Sache selbstständig an die Hand nehmen, anstatt nach dem Staat zu rufen, wenn die Situation einmal etwas schwierig ist.

Marc Scherrer (Die Mitte) versucht, die Kuh vom Eis zu holen, denn er ist sich nicht sicher, ob das schon gelungen ist. Der Vorstoss der FDP ist, mit Blick auf das Wording, in der Tat nicht perfekt. Man hätte es ergebnisoffener formulieren können. Es ist zu wünschen, dass dies heute noch gelingt. Dazu möchte der Votant am Schluss selber etwas beitragen.

Weniger gut von Seiten FDP war der verzweifelte Versuch, das Konstrukt einer Taskforce ungeklärt zu lassen. Der Votant ist, aus Sicht der Wirtschaftskammer wie auch aus Sicht des Laufentals der Meinung, dass es Unternehmen mit existenziellen Ängsten gibt, von einer Bäckerei bis zu grossen Unternehmen, die nicht wissen, wie sie die Energiepreise zukünftig finanzieren sollen. Man kann nun, wie Ronja Jansen etc., darüber diskutieren, ob die vorgeschlagene Lösung sinnvoll ist oder nicht. Man darf aber nicht vergessen, dass es immer auch Menschen gibt, die keinen Job mehr haben, wenn ein Unternehmen Konkurs geht. Es ist fair, die Frage zu stellen, weshalb vor den Herbstferien die anderen Vorstösse nicht dringlich überwiesen wurden. Das ist aber im Moment nicht Teil der Diskussion.

Es muss ins Feld geführt werden, dass gemäss Standortförderungsgesetz § 1 der Kanton zusammen mit den Gemeinden und den Wirtschaftsverbänden die volkswirtschaftliche Entwicklung mit dem Ziel fördert, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mit geeigneten Massnahmen zu stärken und damit bestehende Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. In § 2 folgen dann die Massnahmen. Man kann heute also mit gutem Gewissen das Handlungspostulat überweisen, und der Regierungsrat kann die Rolle als Moderator übernehmen. Das ist möglich, denn genau diese Funktion wurde ihm bei der Revision des Standortförderungsgesetzes zugewiesen.

Vor allem aber ist Marc Scherrer wichtig, dass der ganze Prozess ergebnisorientiert angegangen wird. Deshalb ist es nicht gut, wenn hier die Kantonalbank oder eine Ausfallgarantie genannt wird. Diesen Satz müsste man entweder streichen, oder ihn neu formulieren. Ein Vorschlag wäre folgender Wortlaut: «Der Regierungsrat wird hiermit ersucht und beauftragt, unverzüglich eine Taskforce einzusetzen, um in Zusammenarbeit mit den EVU (allenfalls auch der Kantonalbank) und den Wirtschaftsverbänden eine für die Unternehmen tragbare Lösung für die hohen Energiepreise zu finden, zum Beispiel mit einem Gefäss...». Das wäre ergebnisoffen. Wichtig ist einfach, dass dem Regierungsrat der Auftrag gegeben wird, gestützt auf das Standortförderungsgesetz die Moderationsrolle zu übernehmen.

Marc Schinzel (FDP) sieht, dass man der Klärung immer näherkomme. Das ist schön. Als er aber die vielen Liebesbotschaften von grüner Seite an die Adresse von Hanspeter Weibel vernahm, kam es ihm fast vor wie eine unheimliche Begegnung der dritten Art. Der Votant ist froh, dass Mar-

co Agostini immerhin seine Interessenbindungen bei der Handelskammer klar offengelegt hat... Nichtsdestotrotz sei vor allem Rahel Bänziger darauf hingewiesen, dass es sich nicht um eine Staatsgarantie handelt und niemand etwas geschenkt erhält. Es wird kein Staatsgeld verteilt, was Regierungsrat Lauber mehrfach betont hat. Das Wort von Toni Lauber gilt etwas in diesem Saal und draussen im Land. Darauf kann man sich verlassen. Im Vorstoss heisst es, dass die verschiedenen Player zusammenkommen sollen. Die Kantonalbank verfügt über das Knowhow für solche Produkte. Es ist aber sinnvoll, wenn der Regierungsrat als Katalysator die Player zusammenbringt. Der Regierungsrat ist das Ferment, der Teig, der aufgeht – und die Regierung trägt dazu etwas bei. Das ist die beste Rolle, die auch der Kirchendirektor Toni Lauber in dieser Sache wahrnehmen kann. Und dahinter kann nicht nur der Votant, sondern dahinter können alle stehen.

Martin Dätwyler (FDP) findet, dass die Debatte eigentlich ganz vernünftig angefangen habe, denn alle hätten das Problem ernst genommen. Das Problem nämlich, dass gewisse Unternehmen Schwierigkeiten mit der aktuellen Entwicklung haben. Es ist auch allen bewusst, dass niemand die geopolitischen Verwerfungen voraussehen konnte, die zu dieser Situation geführt haben. Hätte man es vorausgesehen, hätte man sicher reagiert. Es mag sein, dass einige gepokert haben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Wirtschaft nun vor einem Problem steht. In einer Umfrage der Handelskammer über die Auswirkungen der Strompreise sagten 20 bis 23 % der Unternehmen, dass die Preise geschäftsschädigend bis existenzbedrohend seien. Es geht also nicht nur um ein, zwei Unternehmen, sondern um eine grosse Zahl. Deshalb sollte man zum Kern zurückkommen. Der Vorstoss der FDP formuliert eine Idee, wie man das Problem auf privater Basis angehen könnte. Ob die Lösung irgendwann einmal realisierbar ist, wird man sehen, wenn die Arbeiten der Taskforce abgeschlossen sind. Der Votant ist der Meinung von Marc Scherrer, dass wenn einige Unternehmen wirklich in Schieflage geraten sollten und etwas Schlimmes passiert, der Kanton mit im Boot ist. Wir sind dann alle mit im Boot, denn wir alle sind Wirtschaft. Man soll deshalb der Einberufung der Taskforce grünes Licht geben, der Kanton kann dabei eine übergeordnete Rolle einnehmen, die verschiedenen Player neutral an den Tisch holen und versuchen, eine Lösung auszuarbeiten. Um mehr geht es in diesem Handlungspostulat nämlich nicht.

Hanspeter Weibel (SVP) hat Marc Schinzels Votum durchaus so verstanden, dass er auf den von ihm genannten Vorgang und die zahlreichen Liebesbekundungen etwas neidisch ist...

Martin Dätwyler hat vom FDP-Vorstoss gesprochen. Die FDP hatte den Anstoss gegeben, in der Folge wurde darüber diskutiert, was damit gemeint gewesen sein könnte. Der Finanzdirektor hatte darauf hingewiesen, dass es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt, die Taskforce nun aber an die Arbeit gehen muss.

An Rahel Bänziger sei gesagt, dass es in der Tat um die Definition einer Versicherungsprämie geht. Man muss das Ganze also erstmal rechnen. Wie Andi Dürr gesagt hatte, wird es eine Offerte geben und die Unternehmen können diese annehmen oder ablehnen.

Drittens: Es wird möglicherweise Unternehmen geben, die Probleme haben werden, worauf Marc Scherrer hinwies. Zunächst einmal müsste aber die Taskforce zusammenkommen, und dann wird mit Sicherheit hier das Resultat verkündet. Sind gesetzliche Anpassungen oder Ähnliches nötig, hat der Landrat wiederum die Gelegenheit, Ja oder Nein zu sagen oder Anträge zu stellen. Mittlerweile sollte aber ein gewisses Verständnis dafür vorhanden sein. Es wäre nun an der Zeit, die Diskussion zu beenden, der Taskforce die Gelegenheit zu geben, sich zu bilden, eine Lösung zu erarbeiten, auf das Resultat zu warten, das hier vorgestellt werden wird. Und dann kann man darüber befinden.

Andreas Dürr (FDP) dankt für die offene Diskussion. Sie hat ihm gezeigt und er hat gelernt, dass man sich noch so sehr Mühe geben kann, im stillen Kämmerlein einen schlaun Gedanken zu Papier zu bringen – am Schluss ist entscheidend, wie der Empfänger die Botschaft versteht. Er

nimmt sich dies sehr zu Herzen. Er glaubt aber auch, dass sich im Verlauf der Diskussion gezeigt hat, was die Idee der Botschaft war und er hofft, dass diese beim Empfänger nun verarbeitet und angekommen ist.

Zur Rollenteilung: Andreas Dürr kann ja nicht fordern, der Regierungsrat solle eine Taskforce zur Rettung der Unternehmen einsetzen. Hätte er dies völlig ergebnisoffen, ohne Angabe irgendeiner Richtung, gefordert, hätte man ihn für verrückt erklärt. Er musste stattdessen mindestens eine Grundsatzidee formulieren, worüber die Taskforce reden, wohin sich das Produkt entwickeln könnte. Also musste er sich zuerst überlegen, was ein möglicher Lösungsansatz sein könnte. Damit man überhaupt eine Taskforce für einen möglichen Lösungsansatz einsetzen kann, muss man diesen ja erst verstehen. Das ist eine Frage der Reihenfolge. Und der Kern der Idee ist die Ausfallgarantie. Schon alleine das Wort, das Ronja Jansen verwendete, liess den Redner zusammenzucken: Staatsausfallgarantie. Das ist völlig falsch, bitte nicht, auf keinen Fall! Es ist keine Staatsausfallgarantie.

Die Unternehmen werden nicht belohnt für ihren Ausstieg aus der Grundversorgung, sie werden vielmehr den geglätteten Strompreis wieder zurückzahlen müssen. Auch wird die Ausfallgarantie, wie auch immer diese aussehen wird, etwas kosten. Das werden diese ebenfalls bezahlen müssen. Es ist, wie Thomas Eugster richtig sagte, eine Hilfe zur Selbsthilfe. Diesen Gedankenansatz soll die Taskforce weiterentwickeln. Der Redner hatte in seinem ersten Votum gesagt, es sei nicht möglich, dass 90 Landrätinnen und Landräte zusammen die beste Idee entwickeln. Es fehlt dazu auch das Wissen, und jeder Player hat eine andere Sicht: Der Kanton möchte, dass gesellschaftspolitisch alles in Ordnung ist, die Kantonbank möchte vielleicht ein Produkt kreieren, um letztlich auch dem Kanton damit zu helfen, die EVUs haben ein Interesse, dass sie am Schluss nicht jemandem den Strom abstellen müssen, der Landrat hat ein gesellschaftspolitisches Interesse am Funktionieren der Unternehmen, die Unternehmen haben ein ureigenes Interesse, dass sie den Strom bezahlen und weiterproduzieren können – all das gilt es, unter einen Hut zu bekommen. Und nun zur Frage, weshalb der Regierungsrat hier den Lead übernehmen soll: weil es ein gesellschaftspolitischer Auftrag ist und der Regierungsrat die Autorität hat, die Player an den Tisch zu bringen. Die Idee ist dabei schon, dass nicht nur ein bisschen moderiert wird, sondern das hohe Ziel ist es, eine privatwirtschaftliche Lösung zu finden, die den Steuerzahler nichts kostet, die Unternehmen rettet, die EVU glücklich macht und den Regierungsrat gut schlafen lässt. Andreas Dürr versteht nicht, wie man sich diesem Ziel überhaupt verschliessen kann. Das ist die Grundlage für das Wording des Handlungspostulats, nämlich dass der Regierungsrat die Taskforce ins Leben ruft, mit dem Ziel, die Ausfallgarantie ergebnisoffen zu diskutieren. Der Votant wüsste nicht, was er hier am Wording noch ändern soll. Falls es sein muss, fügt er noch ein «zum Beispiel» in Bezug auf die Ausfallgarantie hinzu. Die Grundidee ist ganz hoch gehängt, nämlich, ein Expertengremium zu bilden, das möglichst nahe ans Ziel kommt. Der Votant wäre froh, er könnte es dabei belassen und für den Rest sei auf das Protokoll verwiesen. Denn er glaubt, es haben nun alle verstanden, worum es geht. Er bittet somit, sein Postulat in diesem Sinne zu überweisen und dankt dem Regierungsrat, dass er diese gesellschaftspolitische Aufgabe wahrnimmt.

Laura Grazioli (Grüne) dankt Andi Dürr für seine Erläuterungen, aber ein Grossteil der Grüne/EVP-Fraktion hätte das Wording gerne angepasst und schriftlich klar ausformuliert. Es wurde nun ganz lange darüber geredet, um was es geht, und immer wieder kam eine neue Interpretation hervor. Für die Sprecherin ist immer noch nicht glasklar, was genau gefordert wird. Denn im Moment läuft es auf die Schaffung einer Ausfallgarantie hinaus, was auch im BaZ-Artikel zu lesen steht. Auch die Kommentierenden dieses Artikels haben es nicht anders verstanden.

Thomas Noack (SP) steht es nicht zu, den Antrag der FDP abzuändern, er würde aber vorschlagen, am Schluss einen Satz hinzuzufügen: «Der Kanton übernimmt die Moderationsrolle». Damit wäre ganz viel Klarheit geschaffen.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) bittet um etwas Geduld, bis ein entsprechender Vorschlag ausgearbeitet ist.

Andreas Dürr (FDP) präsentiert den neuen Text: «Der Regierungsrat wird hiermit ersucht und beauftragt, unverzüglich eine Task Force einzusetzen, um in Zusammenarbeit mit den EVU, der Basellandschaftlichen Kantonalbank und den Wirtschaftsverbänden, zum Beispiel ein Gefäss für eine privatwirtschaftliche tragfähige, breitabgestützte Ausfallgarantie zu schaffen als Anreiz dafür, dass die EVU den vertragslosen Unternehmen eine Strompreisglättung mit Bindung über eine bestimmte Zeitdauer anbieten können. Der Kanton übernimmt dabei nur eine Moderationsrolle.» Zum letzten Satz ist hinzuzufügen, dass es Toni Lauber freigestellt ist, mehr als nur die Moderationsrolle zu fordern. Er hofft auf jeden Fall, dass mit diesem Wording allen Rechnung getragen ist.

Michael Bürgin (Grüne) ist wichtig, dass nicht unterschlagen wird, dass der Kanton «nur» eine Moderationsrolle übernimmt. Ansonsten lässt sich das wieder interpretieren.

Thomas Noack (SP) fragt sich ebenfalls, weshalb man sich gegen das «nur» wehre, nachdem man eine Stunde lang gehört hat, dass sich die Rolle darin erschöpfen solle.

://: Mit 80:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Vorstoss in modifizierter Form als Postulat überwiesen.
